* **Insgesamt hat sich die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland zwischen 1980 und 2005 immer weiter erhöht. Seitdem hat sich die Lage entspannt.**
* **Seit 2011 liegt die Zahl der registrierten Arbeitslosen unter drei Millionen, zwischen 2013 und 2019 war sie sechsmal in Folge gesunken.**
* **Durch die Corona-Pandemie stieg die Zahl der Arbeitslosen von 2019 auf 2020 leicht von 2,3 auf 2,7 Millionen.**
* **2023 lag die Arbeitslosenzahl bei 2,6 Millionen und die Quote bei 5,7 Prozent (2022: 2,4 Mio. / 5,3 Prozent).**

Fakten

Bei einem Vergleich der Jahre 1991 und 2004 ist in Deutschland sowohl die Zahl der Arbeitslosen als auch die Arbeitslosenquote gestiegen. In Westdeutschland erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen in dieser Zeit von 1,6 auf 2,8 Millionen und die Arbeitslosenquote stieg von 6,2 auf 9,4 Prozent (bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen). Diese Entwicklung verlief allerdings nicht gleichmäßig: Zwischen 1997 und 2001 ging die Zahl der Arbeitslosen von 2,9 auf 2,3 Millionen zurück und die Arbeitslosenquote sank von 10,8 auf 8,0 Prozent.

In Ostdeutschland ist sowohl die Zahl der Arbeitslosen als auch die Arbeitslosenquote zwischen 1991 und 2004 vergleichsweise stetig gestiegen: Die Arbeitslosenzahl erhöhte sich von einer Million auf 1,6 Millionen beziehungsweise verdoppelte sich die Arbeitslosenquote von 10,2 auf 20,1 Prozent (bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen).

Eine der auffälligsten Steigerungen der Arbeitslosenzahl fällt in das Jahr 2005. Deutschlandweit erhöhte sich die Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vorjahr um 10,9 Prozent beziehungsweise um knapp 480.000 Personen auf 4,86 Millionen. Der Hauptgrund für diese Entwicklung war die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, die zu einer Verschiebung aus der sogenannten Stillen Reserve in die registrierte Arbeitslosigkeit beziehungsweise zu einem zusätzlichen Arbeitskräfteangebot führte. Nach Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) lag dieser sogenannte Hartz-IV-Effekt bei etwa 380.000 im Jahresdurchschnitt 2005.

Bereits in der zweiten Jahreshälfte 2005 wirkte sich die konjunkturelle Besserung auch auf den Arbeitsmarkt aus. Durch zunehmende Arbeitskräftenachfrage und das leicht rückläufige Arbeitskräfteangebot reduzierte sich die Arbeitslosigkeit im Jahr 2006 deutlich: Im Jahresdurchschnitt waren 4,49 Millionen Personen arbeitslos gemeldet, gut 370.000 weniger als im Vorjahr. Im Jahresverlauf 2006 – also von Jahresanfang bis Jahresende – fiel der Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit mit rund 600.000 noch deutlicher aus.

Von 2006 auf 2007 ging die Zahl der Arbeitslosen um rund 730.000 (minus 16,2 Prozent) auf 3,76 Millionen zurück – das ist der größte absolute Rückgang seit 1950. Und von 2007 auf 2008 reduzierte sich die Zahl Arbeitslosen nochmals um eine halbe Million (minus 13,3 Prozent). Die Arbeitslosenquote betrug im Jahresdurchschnitt 2008 7,8 Prozent – das waren 3,9 Prozentpunkte weniger als 2005. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat lediglich in Westdeutschland zu einer einmaligen Erhöhung der Arbeitslosenzahl von 2008 auf 2009 geführt (plus 175.000).

Von 2005 bis 2019 verringerte sich die Arbeitslosigkeit sowohl in West- als auch in Ostdeutschland erheblich. In Westdeutschland reduzierte sich die Arbeitslosenzahl in diesem Zeitraum um rund 1,5 Millionen auf 1.723.000 (minus 46,9 Prozent) und in Ostdeutschland um 1,1 Millionen auf knapp 544.000 (minus 66,3 Prozent). Zudem waren in den Jahren 2011 bis 2019 zum ersten Mal seit Anfang der 1990er-Jahre weniger als drei Millionen Personen arbeitslos gemeldet. In Westdeutschland erreichte die Arbeitslosenquote im Jahr 2019 mit 4,7 Prozent den niedrigsten Stand seit 1980. In Ostdeutschland fiel die Arbeitslosenquote 14 Jahre in Folge und hatte im Jahr 2019 mit 6,4 Prozent den niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung. Deutschlandweit lag die Arbeitslosenquote 2019 bei 5,0 Prozent.

Die insgesamt positive Entwicklung zwischen 2005 und 2019 wurde durch die Corona-Pandemie kurz gestoppt: Die Zahl der Arbeitslosen stieg von 2019 auf 2020 deutschlandweit von 2,27 auf 2,7 Millionen. Gleichzeitig erhöhte sich die Arbeitslosenquote von 5,0 auf 5,9 Prozent – in Westdeutschland von 4,7 auf 5,6 Prozent und in Ostdeutschland von 6,4 auf 7,3 Prozent. 2021 und 2022 sanken sowohl die Arbeitslosenzahlen als auch die Arbeitslosenquoten. Von 2022 auf 2023 stieg die Arbeitslosenzahl deutschlandweit von 2,4 auf 2,6 Millionen und die Arbeitslosenquote nahm von 5,3 auf 5,7 Prozent zu.

Der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X) ist ein Indikator, bei dem die Nachfrage nach Arbeitskräften in Beziehung zum Jahresdurchschnitt 2015 (= 100) gesetzt wird. Im Zuge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 war der Index im Juni/Juli 2009 auf 55 Punkte gefallen (April 2007: 82 Punkte). Bis November 2011 stieg der Index auf 91 Punkte und damit auf den bis dahin höchsten Wert seit seiner Berechnung (Start Januar 2005: 47 Punkte). Zwar sank der BA-X bis zum April 2013 auf 81 Punkte, jedoch stieg er in den Folgemonaten wieder kontinuierlich an. Im November 2014 wurde mit 92 Punkten der Wert von November 2011 übertroffen und im Juli 2018 mit 134 Punkten ein neuer Höchststand erreicht. Ab März 2019 ist der Indexwert jedoch stetig gefallen – auf zunächst 114 Punkte im März 2020. Im Zuge der Corona-Pandemie hat sich die Nachfrage nach Arbeitskräften sprunghaft reduziert: Der BA-X fiel auf 94 Punkte im April 2020 bzw. auf 91 Punkte im Mai/Juni 2020 und damit erstmals seit Juni 2015 unter den Referenzwert (100). In den zwei Folgejahren stieg die Arbeitskräftenachfrage kontinuierlich – auf 138 Punkte im Mai 2022. Seitdem ist der Indexwert fast durchgehend gesunken (Februar 2024: 114 Punkte).

Datenquelle

Bundesagentur für Arbeit (BA): Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf 02/2024, Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X)

Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen

**Arbeitslose** sind nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (§ 16 SGB III) Personen, die vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder nur eine weniger als 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung ausüben, eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung suchen und dabei den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit oder des Jobcenters zur Verfügung stehen, also arbeitsfähig und -bereit sind. Zudem müssen sie in der Bundesrepublik Deutschland wohnen, nicht jünger als 15 Jahre sein, die Altersgrenze für den Renteneintritt noch nicht erreicht haben und sich persönlich bei einer Agentur für Arbeit oder einem Jobcenter arbeitslos gemeldet haben. Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik gelten nicht als arbeitslos.

Die **Arbeitslosenquote** entspricht dem prozentualen Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen. Die Erwerbspersonen setzen sich aus den Erwerbstätigen und den Arbeitslosen zusammen. Je nach Definition werden die Arbeitslosen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte und Arbeitslose) oder auf alle zivilen Erwerbspersonen (abhängige zivile Erwerbspersonen, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige) bezogen. Soweit es nicht anders erwähnt ist, werden im Text die Arbeitslosen auf alle zivilen Erwerbspersonen bezogen.

Hinweis zum **Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X)**: Da die saisonbereinigten Werte monatlich neu berechnet werden und damit die Zeitreihe neu erstellt wird, kann es zu Abweichungen von früheren Veröffentlichungen des BA-X kommen.

Informationen zur **Unterbeschäftigung** erhalten Sie hier:

<http://www.bpb.de/61730>

Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 veröffentlicht.

Bundeszentrale für politische Bildung 2024 | www.bpb.de